

Erscheint wöchentlich 3 Mal
in Leipzig.
Bestellungen nehmen alle
Postanstalten und Buchhand-
lungen des In- und Aus-
landes an.
Für Leipzig nehmen Be-
stellungen an:
die Expedition, Poststraße 4.
die Genossenschafts-
Buchdruckerei, Alsterstraße 44.
A. Nebel, Poststraße 18.
D. Müller, Bayerstraße
8b, III.

Der Volksstaat

Abonnementspreis:
Für Preußen incl. Stempel-
steuer 17 Sgr., für die übrigen
Deutschen Staaten 12 1/2 Sgr.
pro Quartal,
pro Monat 4 1/2 Sgr.
Für Leipzig und Umgegend
pro Quartal 13 Sgr.
Filial-Expeditionen für die Ver-
einigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
via New York.
G. A. Schneider,
135 W. Lake Chicago (Ill.)

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Nr. 94.

Sonnabend, 23. November.

1872.

Programm der sozialdemokratischen Partei in der Schweiz.

- I. Die sozialdemokratische Partei in der Schweiz erstrebt die Wahrung und Förderung der Interessen des arbeitenden Volkes in jeder Beziehung. Sie ist sich bewusst, daß die Befreiung der Arbeiterklasse durch die Arbeiter selbst errungen werden muß.
- II. Der Kampf für die Befreiung der Arbeiterklasse ist kein Kampf für Vorrechte eines Standes, sondern für gleiche Rechte und gleiche Pflichten und für die Abschaffung aller Klassenunterschiede.
- III. Die ökonomische Abhängigkeit des Arbeiters von dem Kapitalisten bildet die Grundlage der Armut in jeder Form, und es strebt deshalb die sozialdemokratische Partei darnach, daß durch Ersetzung der jetzigen Produktionsweise (Vollsystem) durch genossenschaftliche Arbeit jedem Arbeiter der volle Arbeitsertrag zukomme.
- IV. Da die Befreiung der Arbeiterklasse nur möglich ist, wenn diese gemeinsam und einheitlich den Kampf führt, zieht sich die sozialdemokratische Partei in der Schweiz eine einheitliche Organisation, welche es jedoch auch jedem Einzelnen ermöglichen soll, seinen Einfluß für das Wohl der Gesamtheit geltend zu machen.
- V. Die politische Freiheit ist die unentbehrliche Voraussetzung zur ökonomischen Befreiung der arbeitenden Klassen. Die soziale Frage ist untrennbar von der politischen, ihre Lösung ist durch diese bedingt und nur möglich im sozialdemokratischen Staate.
- VI. Die sozialdemokratische Partei erstrebt daher in politischen Dingen volle Gleichberechtigung im Schweizerischen Volke; eine einheitlichere Gestaltung der Schweizerischen Genossenschaft; Erweiterung der Kompetenzen des Bundes, aber nur wenn verbunden mit Erweiterung der Volkssouveränität; mit Einem Worte Abschaffung der Repräsentativ-Demokratie und Einführung der reinen oder Sozial-Demokratie, gegründet auf freie Gemeinden, Bezirke und Kantone, welche ihre Beamten selbstständig in direkter, geheimer Volkswahl durch die Urne ernennen, im Gegensatz zur Bestellung der Beamten durch die Zentralgewalt, wie dies in monarchischen Staaten geschieht. Hieraus ergeben sich folgende Forderungen:
 1. Einführung der direkten Gesetzgebung durch Volk im Bund und in den Kantonen.
 - a. Unverkümmerte eidgenössische Volksabstimmung durch die Urne über die entweder von der vorbereitenden Behörde, oder auf dem Initiativwege, dem Volke vorgelegten Gesetze und wichtigeren Finanzbeschlüsse (Bundes-Referendum).
 - b. Unverkümmertes eidgenössisches Vorschlagsrecht des Volkes durch 20,000 Stimmberechtigte (Bundes-Initiative).
 - c. Abschaffung des Zweikammersystems; auch im Bunde soll nur ein Rath sein, wie von Alters her in den Kantonen und Gemeinden; daher Abschaffung des Ständerathes und der Standesstimme, dieser historischen Ueberlieferung, kraft deren ein Urner in eidgenössischen Dingen so viel zu sagen hat als Dreifsig Berner.
 - d. Einführung der Proportionalvertretung für Wahlen in die legislativen, d. h. das Gesetz vorbereitenden Behörden, wie Nationalrath, Kantonrath u., daher Abschaffung des jetzigen Wahlsystems der Territorial- oder Wahlkreisvertretung, wobei mehr die Erbscholle als der Mensch vertreten wird und wobei die Kinderarbeiten, speziell die Arbeiter in der Regel unberücksichtigt gelassen werden, ihre Interessen und Ideen daher auch nicht nach Verhältnis im Rathe repräsentiert sind. Amtsdauer der vorbereitenden Behörden nur zwei Jahre.
 - e. Wahl des Bundesrathes durch das Volk. Die Exekutivgewalt soll nicht von der vorbereitenden Behörde, sondern vom wirklichen Gesetzgeber, hier die Gesamtheit der stimmberechtigten Schweizer, gewählt werden.
2. Unbedingte Press-, Versammlungs-, Vereins- und Koalitionsfreiheit in der ganzen Schweiz.
Ein allgemeines Schweizerbürgerrecht in dem Sinne, daß jeder Schweizerbürger in kantonalen und Gemeindeangelegenheiten nach einem Aufenthalte von drei Monaten stimm- und wahl-fähig sei.
Uebernahme der Armenpflege durch die Einwohnergemeinde; Ebenfalls hat die Verhältnisse ausgleichend zu ordnen.
Ebenso Uebernahme der Vormundschaft über Niedergelassene durch den Niederlassungsort.
Eine Ehegesetzgebung in dem Sinne, daß das Recht zur Eheschließung vom Glaubensbekenntnis, sowie von der ökonomischen Stellung unabhängig, nur jede Ehebeschränkung aufgehoben und die Civilehe als obligatorisch erklärt wird. Abschaffung aller Heirats- und Einzugsgebühren.
Einheitliche Führung der Civilstandsregister durch Civil-ämter.
3. Einheitliche Gesetzgebung für das gesamte materielle Recht und das gesamte gerichtliche Verfahren. Fach-schwornengerichte. Abschaffung der Todes- und Kettenstrafe, sowie jeder körperlichen Züchtigung.
4. Uebernahme des gesamten Militärwesens durch den Bund. Vollständige Bewaffnung und Ausrüstung der Mannschaften, sowie Instruktion durch den Bund und ausweidender.
5. Wahl der oberen Grade durch die untern, verbunden mit obligatorischem Examen vor Austritt des Grades. Durchführung Grundgesetzes, daß jeder Wehrfähige Militärdienst zu verrichten hat.
6. Uebernahme des gesamten Erziehungswesens durch den Bund im Sinne obligatorischen, unentgeltlichen und welt-

lichen Volksschulunterrichtes bis zum zurückgelegten 14. Lebensjahre. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel. Unentgeltlicher Unterricht auch in allen höheren staatlichen Bildungsanstalten, Stipendien für tüchtige Unbemittelte, welche mittlere und höhere Lehranstalten besuchen wollen. Errichtung eidgenössischer Handwerker- oder Gewerbeschulen (Technikum).

6. Trennung der Kirche vom Staate und Trennung der Schule von der Kirche. Vollständige Religionsfreiheit nach dem Grundsatz, daß sich die Religionslehrer oder Priester als solche weder in Schul- noch in Gemeinde- oder Staatsangelegenheiten zu mischen haben, und nur von solchen Gläubigen bezahlt und unterhalten werden, welche für sich religiöse Belehrung haben wollen.
7. Aufhebung der Klöster und religiösen Orden, dieser willkürlichen Werkzeuge in der Hand eines unerschütterlichen Papstthums, als unverträglich mit dem Frieden und der Freiheit der Konfessionen in der Schweiz. Verrentung der Klostergüter für die weltliche Volksschule.
7. Abschaffung aller indirekten Steuern, ebenso der eidgenössischen Zölle auf Rohmaterial und Lebensmittel, sowie des kantonalen Lohnzölles und Oktroi. Dagegen Einführung einer einheitlichen direkten, progressiven Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftsteuer in Bund, Kantonen und Gemeinden. Inventarisierung des Vermögens bei jedem Todesfall und strenge Bekämpfung von Vermögensverheimlichungen. Steuererleichterung für Familienväter, Witwen und Waisen.
8. a. Einführung eines eidgenössischen Wasserbau- und Forstgesetzes, als wirksamstes Mittel gegen die verheerenden, in Folge egoistischer oder kurzsichtiger Abholzungen im Gebirge fast jedes Jahr wiederkehrenden Ueberschwemmungen.
b. Ueberwachung des Auswanderungswesens.
c. Prämienerteilung für Erfindungen.
d. Aufstellung einheitlicher Grundsätze im öffentlichen Gesundheitswesen, ebenso im Versicherungs- und Ueberwachung desselben.
e. Verbot der Spielbanken und Pottexien.
9. Wie der Bund das Post- und Telegraphenwesen am Besten und Billigsten besorgt und nicht den Privatgesellschaften zur Ausbeutung und Monopolisirung überläßt, so soll er auch das Eisenbahnwesen übernehmen, daher Rückkauf und Betrieb der Eisenbahnen durch den Bund.
10. Wie der Bund das Münzwesen den Kantonen abgenommen, so soll er auch das Banknotenwesen übernehmen, daher Errichtung einer in alle Landesgegenenden verzweigten Bundesbank mit Banknotenmonopol.
11. Staatskredit für Arbeiter-Produktiv-Genossenschaften gegen solidarisches Haft der Genossen.
12. Ein schweizerisches Arbeiter- und Gewerbegesetz mit besonderer Berücksichtigung des Fabrikwesens, und Einführung von Fachgerichten, insbesondere für Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgeberern.
Einführung eines zehnstündigen Normalarbeitstages für die industriellen Arbeiter der gesamten Schweiz.
Einschränkung der Frauen- und Verbot der Kinderarbeit bis zum zurückgelegten 14. Jahre in den Fabriken.
Strenge Ueberwachung aller Arbeitslokalitäten und zwar sowohl in gesundheitspolizeilicher Hinsicht, als auch mit Bezug auf Vorrichtungen zum Schutze gegen Gefahr für Leben und Gesundheit. Anstellung von besoldeten, unabhängigen Fabrikinspektoren unter Zuzug von Vertrauensmännern aus dem Arbeiterstande.
Aufhebung jeden Zwanges zur Theilnahme an städtischen, zünftigen oder Fabrik-Krankenkassen, deren Leitung sich nicht in den Händen der Arbeiter befindet; dagegen Verpflichtung jedes Arbeiters, irgend einer Kranken- und Invalidenkasse anzugehören.
Staatliche Statistik über die Lage der arbeitenden Klassen.
- VII. Alle in der Schweiz Wohnenden, — Bürger, Niedergelassene und Aufenthaltler, — welche sich im Wesentlichen diesem Programm anschließen, werden auch als Mitglieder der sozialdemokratischen Partei betrachtet.
- VIII. Dieselbe gründet in allen Städten und Ortschaften der Schweiz Gewerkschaften, in welchen die verwandten Gewerbe durch Kranken- und Invalidenkassen, Streik- und Genossenschaftsfonds, wie auch durch Gründung von Produktiv-Genossenschaften u. s. w. eine freie Vereinigung bilden. Damit alle sozialdemokratischen Elemente an der freiheitlichen Entwicklung der schweizerischen Eidgenossenschaft regen Antheil nehmen, wird die Partei bemüht sein, neben den Gewerkschaften allgemeine sozialdemokratische Vereine ins Leben zu rufen.
- IX. Die sozialdemokratische Partei in der Schweiz bewahrt den in- und ausländischen Parteien gegenüber ihre volle Selbstständigkeit; sie wird in Bundes- und kantonalen Angelegenheiten mit der demokratischen Partei — soweit diese Recht und Freiheit vertritt, und sich den sozialen Forderungen nähert — zusammengehen. Da die Befreiung der Arbeit weder eine lokale noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Kulturländer umfaßt, wird die sozialdemokratische Partei in der Schweiz mit den Arbeiter-Parteien der anderen Länder stets freundschaftliche Beziehungen pflegen, auch dieselben soweit wie möglich unterstützen, ohne sich in einer formellen Organisation mit ihnen zu verbinden.
- X. Für die Vertretung in der Presse gründet sich die Partei ein Organ unter dem Namen der „Sozial-Republikaner“. Denjenigen Vereinen und Gewerkschaften, die den „Sozial-Republikaner“ als ihr Organ anerkennen, wird ein entsprechender Raum im Blatte gewährt.
Abänderungen und Zusätze zu obigen Programm sind einem allgemeinen schweizerischen Arbeiterkongress vorbehalten. (Gellisen.)

Sozialdemagogisches.

Wir kommen jetzt zu der famosen Schlesienschen Weberdeputation, im Frühling des Jahres 1864. Das Nähere über dieselbe ist in der „Ronsdorfer Rede“ Lassalle's nachzulesen. Ob und in wie weit die Regierung den Aufstoß zur Deputation gegeben und sie inszenirt hat, läßt sich jetzt nicht genau feststellen; ist auch gleichgültig. Thatsache ist, daß Graf Bismarck lange verheer sein: Acheronta movebo! „Ich werde Euch den Teufel der sozialen Frage an die Wand malen!“ den verdächtig Fortschritt-bourgeois entgegengerufen hatte; und Thatsache ist ferner, daß Herr Baron Reichenheim, Eigentümer der Wüste-Gierdorfer Baumwollen-Spinnerei und Weberei, *) „liberaler“ Menschenhinter, wie er im Buch steht, sich lange vorher öffentlich über Wahlereien durch Regierungsgagenten beschwert hatte. Andererseits war die Noth der Arbeiter eine so entsetzliche, — und ist es noch, — daß ihnen jeder Ausweg aus dieser Reichenheim'schen Follerkammer, Fabrik genannt, erwünscht sein mußte, und daß es durchaus begreiflich und vergänglich gewesen wäre, wenn sie in ihrer Hilflosigkeit, um momentane Erlösung zu erlangen, ihre Seele dem Teufel verschrieben hätten. Die Frage ist bloß: präsentirte sich ihnen damals schon Herr Mephisto. — In Berlin präsentirte sich ihnen der Erzengel Wagner, welcher die Deputation sofort in Empfang und unter seine Obhut nahm und den armen Menschen — wahren Vildern des von Generation zu Generation vererbten und in ihnen aufgesammelten und verkörperten Elends — königlich preussischen Sozialismus predigte und die glänzendsten Aussichten vorgaukelte.

Das „starke Königthum“, belehrte er sie, das „Volkkönigthum“ mit dem die Hohenzollern-dynastie, allen fortschrittlichen Verläumdungen und Anfeindungen zum Trost, Preußen beglücke, habe das Wohl des armen, arbeitenden Mannes warm am Herzen; die Fortschrittler bekämpften das Königthum bloß, weil es zwischen ihnen und den Arbeitern stehe; gelänge es ihnen, die königliche Macht zu schwächen oder gar zu beseitigen, so seien die Arbeiter rettungslos der Ausbeutung der fortschrittlichen Bourgeoisie überliefert. Wer das Königthum bekämpfe, sei daher vor Allem ein Feind der Arbeiter, die Interessen des Königthums und der Arbeiter seien identisch, wenigstens aus Innigste mit einander verflochten, Königthum und Arbeiter hätten einen gemeinsamen Feind: die fortschrittliche Bourgeoisie — diese müsse um jeden Preis niedergeworfen werden, damit das Königthum die Kraft behalte, die Noth der Darbenden, hungernden Arbeitermassen zu mildern, für immer aufzuheben. Da schwachten die Herren Fortschrittler von „Freiheit“, „Rechtsstaat“, „Verfassung“ und anderen dergleichen Dingen; das sei aber bloß Schwindel, um die Arbeiter auf die Leimrutsche zu laden. Die „Freiheit“ der Bourgeoisie sei die Freiheit, vom Staat ungehindert den Arbeitern das Fell über die Ohren zu ziehen; der „Rechtsstaat“ bedeute die scheußlichste Klassenherrschaft, darauf hinanzulaufen, den ganzen Staat in eine Domäne der Bourgeoisie zu verwandeln; und die „Verfassung“, welche die Bourgeoisie wollten, sei im Grund nichts als eine große Fabrikordnung zur Unterdrückung der weißen Sklaven. Ja, der „weißen Sklaven“, denn das seien die Arbeiter in Wirklichkeit; nur, daß die weißen Sklaven weit schlimmer daran als die schwarzen, für deren Erlösung der „Herr“ doch aus Eigennutz sorgen muß, da sie Geld kosten, und ihr Tod oder ihre Arbeitsunfähigkeit den Verlust des in sie gesteckten Kapitals mit sich bringt; während dem Herrn des weißen Sklaven der Eigennutz es gebiete, das „lebendige Arbeitsinstrument“ möglichst rasch abzubringen und dann bei Seite zu werfen, da ein frisches umsonst zu haben ist. Man rede den Arbeitern allerdings vor, die neue Regierung sei feucht, sei reaktionär, sie wolle das von Herrn Mantuffel und Consorten in Angriff genommene Werk vollenden, und Preußen zu einem, jedes volkshämische Element ausschließenden, Junker-Pfaffen-Polizei- und Militärraast machen; in solchen Behauptungen rede der blinde Parteigeist; Herr von Bismarck sei zwar ein Junker, allein so wenig feucht, daß er bei eifriger Gelegenheit die alten Grundlagen der Monarchie umwerfen, und dieselbe auf einem total neuen Fundament errichten werde; weit entfernt, ein Gegner der Demokratie zu sein, habe er die feste Absicht, so bald es irgend angehe, das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht einzuführen, diese demokratischste aller Institutionen, dieser Urquell aller praktischen Demokratie; von den Junkern der alten Schule werde Herr von Bismarck gehaßt, und gebe ihnen den Haß in Form von Verachtung zurück; das kleinliche Polizeiregiment, durch das Preußen sich einen so schlechten Ruf erworben, sei ihm in innerster Seele zuwider; ebenso das Rudertum; und was endlich das Militärwesen betreffe, so müsse man die Sache bloß richtig auffassen. Das Prinzip der allgemeinen Wehrhaftigkeit sei das demokratischste von der Welt; die Bourgeoisie bekämpfe die Armeeorganisation bloß, weil sie selber die dem Vaterland schuldige Bluthsteuer nicht entrichten, und sie auf die besitzlosen Klassen abwälzen wolle. Das militärische Ideal der Bourgeoisie sei in England verwirklicht, wo das Heer aus Wehrtruppen bestände und den einzigen Zweck habe, der Bourgeoisie im Innern Polizeidienste zu thun und nach Außen Märkte zu öffnen. Waffen zu tragen sei des Mannes höchste Ehre und „das Volk in Waffen“ das höchste Staatsideal. Kurz; das Ministerium Bismarck sei ein achtbares Volksministerium, wie das Königthum in Preußen ein achtbares Volkkönigthum sei; die Arbeiter sollten vertrauensvoll ihr Schicksal in die Hände der

*) Deren Arbeiter die Deputation schickten. Die Fabrik war früher Staatseigenthum gewesen.

Regierung geben, sie werde ihnen Recht verschaffen gegen die Uebergriffe des fortschrittlichen Kapitals.

So — nicht in denselben Worten, aber genau in diesem Sinne (wir sind aus besserer Quelle unterrichtet) — sprach Erzengel Wagener zu den Mitgliedern der schlesischen Weberdeputation und ließ er seinen Unterredner Preuß (unseren berliner Freunden wohl bekannt) zu ihnen sprechen. Die Deputation, welche auch mit Passalle in Verkehr trat, wurde durch Vermittlung des Erzengels Wagener dem König von Preußen vorgestellt. Ueber jene Audienz veröffentlichte die damals vom Erzengel Wagener inspirierte, jetzt in die „Provinzialkorrespondenz“ aufgelöste „Zeidler'sche Korrespondenz“ folgenden amtlichen Bericht:

Seine Majestät der König haben die Gnade gehabt, gestern Nachmittag eine Deputation der armen Weber des schlesischen Riesengebirges zu empfangen, und eine Denk- und Bittschrift über ihre Lage aus ihren Händen entgegenzunehmen. Die Weber haben ihre Klagen zu den Stufen des Thrones niederlegen wollen, um an dieser höchsten Zuständigkeitsstätte aller Unterthanen (sic!) eine Abhilfe für ihre Leiden zu erbitten, die durch den Lohndruck ihrer Arbeitgeber so groß geworden, daß sie nicht mehr existieren können, während ihre Mittellosigkeit ihnen doch nicht erlaubt, durch Auswanderung nach besser situierten Gegenden ihren Familien ein redliches Auskommen zu verschaffen. Dreihundert Weber haben drei aus ihrer Mitte deputirt, diesen Schritt zu wagen.

Wie wir hören, haben Seine Majestät der König die Deputation sehr huldreich aufgenommen und ihnen gesagt, daß er seine Minister angewiesen habe, eine gesegnete Hilfe, so weit sie möglich ist, schleunig und mit allem Ernst vorzubereiten.

Seine Majestät hörten den schlichten Vortrag der Leute sehr gnädig an, erkundigten sich eingehend nach verschiedenen Punkten und erinnerten daran, daß leider schon früher ähnliche Verhältnisse traurige Folgen gehabt, denen vorgebeugt werden müsse. Als Seine Majestät vernahm, daß bereits mehrere Weberfamilien ihrer Arbeit entlassen, weil sie sich der Bitte an den Thron angeschlossen, so sprach Seine Majestät Ihre höchste Mißbilligung über ein solches Verfahren aus. Mit dem Troste einer möglichst baldigen gesetzlichen Regelung der Frage und dadurch Abhilfe ihrer Noth entsprochen Seine Majestät die Deputation. Das königliche Versprechen wird erhebend und ermutigend in allen Thälern des Riesengebirges wiederhallen und vielen neue Kraft zum muthigen Ausdauern geben.

Dies der amtliche, von Erzengel Wagener in Person verfaßte Artikel der „Zeidler'schen Korrespondenz“ enthaltend das vielberufene „königliche Versprechen“, das in der Agitation des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins bis auf den heutigen Tag eine so wichtige Rolle spielt.

Die wir auf das „Versprechen“ und dessen — Erfüllung eingehen, sind ein paar Worte über eine Stelle des obigen Audienzberichts zu sagen. Wir meinen die dem König in den Mund gelegte Aeußerung, „daß leider schon früher ähnliche Verhältnisse traurige Folgen gehabt, denen vorgebeugt werden müsse.“ Es bezieht sich dies auf die Webern, richtiger Webermegelei des Jahres 1844. In Langenbielau und andern schlesischen Fabriksdörfern war in jenem Jahr der Nothstand so unerträglich, daß die hungernden Weber verzweiflungsvoll um Abhilfe schrien; — statt die erstete und erhoffte Abhilfe zu gewähren, ordneten die Behörden ein gewaltthames Einschreiten gegen die „Ruhestörer“ an, es kam zu „tumultuarien Aufsitzen“, Militär wurde requirirt, und eine Anzahl der „Rebellen“ vermittelst Pulver und Blei gründlich und auf immer von der Hungerleiberei kurirt. Die nicht so gründlich kurirten hatten zum großen Theil ins Gefängniß zu wandern, wo eine andere, länger dauernde Heilmethode an ihnen versucht ward.

Was diese historische Reminiscenz noch pikanter und lehrreicher macht, ist der Umstand, daß jene „traurigen Folgen“ den Anlaß zu der späteren Berühmtheit eines Mannes bildeten, der mit der politischen Geschichte der letzten 28 Jahre aufs Innigste verwaachsen ist, und ihr wesentlich seine Signatur (seinen Stempel) aufgedrückt hat, — eines Mannes, der, im Bunde mit dem Erzengel Wagener, die Seele des Ministeriums Bismarck bildet, — und zwar die weiße und schwarze, ergo schwarzweiße Seele.

Natürlich reden wir von Herrn Stieber. Herr Stieber durchzog nach jener königlich preussischen „Lösung der sozialen Frage“ die schlesischen Gebirge, als Maler verkleidet, und unter falschem Namen, und schnüffelte nach einer „kommunistischen Verschwörung.“ Wer sucht der findet, heißt's schon in der Bibel; Herr Stieber fand was er finden wollte, und schleifte einen Unglücklichen sogar mit Hilfe königlich preussischer Richter — bis an die Stufen des Schaffots.

Herr Stieber, der, als der König von Preußen den schlesischen Webern sein „königliches Versprechen“ gab, momentan „unter einer Wolke“ war, ist seitdem wieder voll zu Gnaden gekommen; an Ehren und Häusern reich, steht er hoch in der persönlichen Gunst des Königs, den er auf allen Reisen begleitet.

Herr Stieber, der im Winter 1844 auf 45 den „Blutbund“ gegen die hungernden schlesischen Weber machte, ist neben Bismarck und Wagener gegenwärtig der einflussreichste Mann in Deutschland, die mächtigste Säule des „neuen Reichs.“

Und das den schlesischen Webern gegebene „königliche Versprechen“ — — — (Fortsetzung folgt.)

Zum Eisenacher Kongreß der „Katheder-sozialisten“.

Im nachfolgenden Artikel der „Chemnitzer Freien Presse“, betitelt: „Königlich Preussische Sozialhumanisten“, der offenbar von wohlunterrichteter Seite kommt, wird die königlich preussische „Mache“ des Kathedersozialisten-Kongresses sehr gut enthüllt. Wir können bei dieser Gelegenheit nicht umhin, mitzutheilen, daß Monate, ehe von jenem Kongreß etwas in der Oeffentlichkeit verlautete, uns, d. h. der Redaktion des „Volkstaat“, die Warnung zuzug, die preussische Regierung habe im Plan, die Bewegung unter den jüngeren deutschen Volkswirtschaftslehrern für ihre Sonderzwecke auszunutzen, und beabsichtige zu diesem Behuf eine Konferenz zu veranstalten, auf welcher das Nöthige durch geeignete Agenten besorgt würde. — Erwähnt sei noch, daß Herr Oeise, der die Leitung des Eisenacher Kongresses in die Hand nahm, ein notorisches Werkzeug Bismarcks ist, — eine etwas reputirlichere Ausgabe des berüchtigten Wagener. Natürlich fällt es uns

nicht ein, die Mehrzahl der in Eisenach anwesenden jungen Gelehrten mit Oeise und Konforten auf eine Stufe zu stellen.

Der fragliche Artikel lautet: „Schreiber dieses ist weder Mitglied der Partei, noch hat er an jenen Besprechungen theilgenommen; höchstens könnte er, mit dem bekannten Volkswise, von sich sagen, „er wäre beinahe dort gewesen.“ Trotdem glaubt er denn, was bis jetzt über jene Zusammenkunft geschrieben worden ist, einiges hinzuzufügen zu können, was auch für die Arbeiterpartei nicht ganz ohne Interesse sein dürfte.

Ueber den Charakter und die Bestimmung der Versammlung hat Bernhard Becker im „Braunschweiger Volksfreund“ sich vor wie nach dem Eisenacher Tage vollkommen treffend geäußert. Aber so wahr Alles, was er sagte, es ist doch nur die halbe Wahrheit. Den Charakter der Versammlung hat er nicht genügend berücksichtigt. Um diesen richtig zu würdigen, muß man die Vorgeschichte der Eisenacher Zusammenkunft weiter hinauf verfolgen, als bis zur Versendung der Einladungen. Diese Vorgeschichte ist streng genommen das Interessanteste an der Sache, denn mit der Versammlung hat letztere ihr vorläufiges Ende gefunden.

Die Analogie des ganzen Processes mit der Entwicklungsgeschichte des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins ist bereits in der Presse hervorgehoben; sie ist vollständiger, als man zu glauben scheint. War die Passalle'sche Agitation keineswegs ein Kind Bismarck'scher Intrigue gegen die Fortschrittspartei, wie diese glauben machen wollte, sondern eine aus der Natur der Verhältnisse entsprungene Bewegung, die man nachher zu einem Hilfsmittel der Regierung zu machen suchte, so läßt sich ganz dasselbe auch von dem „Kathedersozialismus“ behaupten. Lediglich durch die überzeugende Macht der Thatsachen gedrängt, hatten sich eine Anzahl jüngerer Gelehrten (von den älteren ist ein Wechsel der Meinung stets schwer zu erwarten) in ihrer Denkweise immer mehr von derjenigen der Anhänger der staatlichen Nichtintervention entfernt. Auf die „junge volkswirtschaftliche Schule“, wie sie der Abg. Günther einst im sächsischen Landtage nannte (der Himmel weiß, wie unrecht er diesen Hauptstützen des Rationalliberalismus mit dem Vorwurf demokratischer Bestrebungen gethan), war eine „allerjüngste“ zu folgen im Begriff, welche bei ruhiger Fortentwicklung in Kurzem mit den Sozialisten zusammentreffen mußte. Der „Volkstaat“ hat mehr als einmal Zeugnisse hierfür aus den Werken jener Gelehrten beigebracht.

Hand die Redaktion des „Volkstaat“ die Aeußerungen bemerkenswerth, so konnte es um so weniger befremden, daß die Betreffenden, zum Theil ehemalige Besucher des Berliner statistischen Seminars, aneinander fortgesetztes Interesse nahmen und jede Gelegenheit benutzten, den Fortschritt ihrer Ideen durch persönlichen Meinungsaustausch zu fördern. Es kamen zwanglose Wander-versammlungen in Gang, die gewiß mehr Nutzen versprachen, als jene für das große Publikum aufgeführten gelehrten Komödien, von denen uns die Zeitungen alljährlich zu unterhalten pflegen. Kurz die Sache war auf dem besten Wege, wenn man ihr Zeit ließ, sich naturgemäß weiter zu entwickeln.

Da wurden die Gegner die Gefahr inne. In der Presse brach der Sturm los gegen die „Kathedersozialisten“. Die hohen Regierungen wurden nachdrücklich darauf hingewiesen, daß solche Verderber der Jugend in ihrem gefährlichen Treiben — durchaus nicht zu behelligen seien. So mied man die Form der Denunziation, während über den Sinn kein Mensch im Zweifel sein konnte. Die Herren Eras und Oppenheim begannen gegen die unbotmäßigen Lohnarbeiter auf den Lehrstühlen die nämliche Hege, die Andere gegen die unbotmäßigen Arbeiter in der Werkstatt längst in Szene gesetzt hatten. Unbequem mochte das für die Betroffenen sein, ihrer Sache war es nicht gefährlich. Die Zeiten der Verfolgung bildeten ja die Glanzperiode des deutschen Professorenthums, während die befriedigten Claquers zu vollständiger Nullität herabgesunken sind. Das begriff man an der Stelle, die schon einmal sich als des schwabronirenden Liberalismus besseren, d. i. klügeren Theil, erwiesen hatte. Das Todtschlagen hätte seine Schwierigkeiten gehabt, also vergiften mußte man die neue Bewegung; und so geschah's.

Zunächst war es bebenlich für die Versammelten, ihre noch im Zuge befindlichen Erörterungen zum Gegenstand einer Schau-stellung für das große Publikum zu machen, die Teilnehmer so zu sagen an gewisse Thesen festzunageln. Trotdem ließ man sich auf das Experiment ein.

Sollte ferner die Zusammenkunft einen demonstrativen Charakter haben, so war es nöthig, mit imponirendem Aplomb aufzutreten. Dazu gehörten dem großen Publikum gefällige Namen, Notabilitäten. Die jungen Reformer waren bescheiden genug, sich selbst nicht für solche zu halten. Die bekannteren Namen waren offenbar die der zeitigeren wissenschaftlichen und parlamentarischen Autoritäten, von deren Führerschaft man sich eben los machen wollte. Um der Zusammenkunft Ansehen zu geben, berief man sie indeß nicht nur zur Theilnahme, sondern räumte ihnen, wie das nicht anders sein konnte, die Vorderplätze, die leitenden Posten ein. So zog ein Fehler den andern nach sich.

Endlich ließ man sich noch einen stillen, aber sehr mächtigen Teilnehmer aufdringen, der allen Gewinn der Versammlung für sich einsteckte: die preussische Regierung. Schon lange hatte diese in pomphafter Weise „Konferenzen“ langeskündigt, welche preussische und östreichische Regierungsbevollmächtigte wegen der sozialistischen Bewegung abhalten würden und als Zweck derselben nicht bloß die polizeiliche Repression, sondern zugleich positive Maßregeln zum Besten der arbeitenden Klassen angeben. Die Ausführung verzog sich jedoch von einem Monate zum andern, wahrscheinlich weil man in Verlegenheit war, wie man den zweiten Theil des Versprechens verwirklichen sollte. Da kamen die „Kathedersozialisten“ gerade zu rechter Zeit. Würden sie von ihrer wirklich fruchtbringenden, wissenschaftlich-kritischen Thätigkeit abgelockt zu praktischen Vorschlägen, so war man sicher, daß sie, zumal unter der unentbehrlichen Leitung gewandter „Macher“ und Praktiker, nichts gefährliches produzieren würden. Der Regierung aber leisteten sie den unschätzbaren Dienst, als unentgeltliche und in keiner Weise bindende „Sachverständigen-Kommission“ Material zu liefern, welches jene unter der alleinigen Firma ihres einzigen „Fachmanns“, Geheimrath Wagener, nicht gut an den Mann bringen konnte. So hatte man die lange vergebens gesuchten Helfershelfer zu dem Spiel, welches nun sofort losgehen kann und soll.

Alles das war unschwer vorher zu sehen. Verfasser dieses, selbst in freundlichster Weise zur Theilnahme aufgefordert, hat, soweit es ihm möglich, aufs Ernstlichste vor den Konsequenzen gewarnt. Aber die von freudiger Hoffnung für das Durchbringen ihrer höchst ehrenwerthen Bestrebungen erfüllten hatten, wie es scheint, im Ganzen doch zu wenig erfahren von den Schlichen, mit denen die öffentlichen Dinge bei uns geleitet und unter Umständen mißleitet werden. Sie waren zudem jedenfalls bereits engagirt. So gingen sie denn in die Falle

und wurden gefangen. Der Effekt ist der, daß eine Anzahl zu großen Hoffnungen berechtigender Männer, mitten aus ihren ernsthaften Forschungen zum politischen Handwurstspiel auf die Bühne geriert, in den Augen beider kämpfenden Parteien (der Kapitalisten, wie der Arbeiterpartei) heillos kompromittirt und dadurch zu desto willigerer Hingebung an die Inhaber der Gewalt genöthigt worden ist. Mit solchen politischen Klünsten hat man sich in Berlin schon mehr als ein Talent dienstbar gemacht.

Es ist als ob man in der Versammlung von Anfang an bereits unter dem Gefühls der Abhängigkeit gestanden hätte. Wenigstens gipfelte, den Berichten zufolge, die Programmrede des die Versammlung eröffnenden Prof. Schmöller — beiläufig gesagt sehr unpassend für eine aus den verschiedensten Elementen („alles, nur nicht reine Mandchessermänner“) gemischten Versammlung, die sich erst kennen und verstehen lernen mußte — in dem Satz: „Aus dem Kampfe der Parteien gibt es nur eine Rettung, das Parteipreussische Königthum.“ Nun, beim Himmel, stark ist es in der That, so stark, daß der Redner noch etwas Stärke hinzuzufügen oder hinzuzuwünschen nicht nöthig hatte. Aber wenn man weiter nichts zu sagen wußte, dann war es einfacher am Vorzug Stein zu verweisen, der in seiner „Industriellen Gesellschaft“ Gleiches schon vor zwanzig Jahren gesagt hat. Und warum zog man nicht gleich die weitere Konsequenz, wie der Macht, so auch der Einsicht der Regierung zu vertrauen, und auf die unerbetenen Rathschläge zu verzichten, die man ihr zu ertheilen im Begriff stand?

Daß diese Rathschläge von keinem Theile als seinem Interesse dienlich anerkannt werden, darüber liegen bereits unzweifelnde Erklärungen vor. Nur einer hat gierig danach gegriffen und lobt sie in allen den zahlreichen ihm direkt oder indirekt zugänglichen Zeitungen, die preussische Regierung. Ihr ist unzweifelhaft mit diesen Resolutionen ein Dienst geleistet. Schon deshalb wäre es erlaubt, den alten Rechtsfag: „der hat's gethan, dem nicht“, auch hier in Anwendung zu bringen.

Auf die zu erwartende Abneigung der Kapitalisten waren die Kathedersozialisten sicher von Anfang an gefaßt. Aber die Opposition des Arbeiterstandes mag ihnen wol als Uebank erscheinen und den Vorwurf: Sie hätten nicht nur das Herz, was sie meinten, vollständig herauszugeben, haben sie sicher (!!) nicht (?) verdient. Freigiebig und Rechnungsträger sind im Allgemeinen nicht die auszeichnenden Eigenschaften der Jugend, überdem wäre es ja für furchtsame Individuen viel natürlicher, mit den Wölfen zu heulen, als überhaupt Opposition zu machen. Nein, die „Katheder-sozialisten“, die man wol von der Eisenacher Versammlung, in welcher sie sich durch ihr Ungeheißel selbst in's Hintertreffen gebracht hatten, unterscheiden wollte, meinen's sicher ehrlich mit dem, was sie thun und sagen. Aber, überzeugt von der Hinsfälligkeit des alten Systems, sind sie mit einem neuen noch nicht im Reinen. Sie haben deshalb für die soziale Frage nur zerstreute Bemerkungen, und waren daher auch außer Stande, der Präsenstion der „Autoritäten“: „Im Prinzip müßte das Alte aufrechterhalten werden“, einen schneidigen Widerspruch entgegenzusetzen. Mit der Wohnungsnoth, die gar kein spezifisches Leiden der arbeitenden Klassen ist, hat man sich eingehend beschäftigt. Die Fabrikgesetzgebung, welche Leben und Gesundheit schütten soll und hiernach ins Gebiet der Sanitätspolizei und des öffentlichen Erziehungswesens einschlägt, hat man zum Gegenstand langer Erörterungen gemacht, wobei nichts herauskam als eine arge Verwässerung der verschiedenen Forderungen des Referenten Brentano, durch die das Gros der Versammlung bildenden Mittelklasse. Endlich hat man das Hauptmittel der Arbeiter zur schnellen Erzielung höherer Löhne, die Strikes, auf ihre Zulässigkeit oder Verwerflichkeit geprüft; den Werth oder Unwerth des Lohnsystems selbst zu unteruchen, hat man jedoch unterlassen. Mit anderen Worten, man hat um die soziale Frage herum, aber nicht über dieselbe geredet.

Das ist nun freilich etwas sonderbar von einer Versammlung, welche dem Publikum andrücklich Konferenzen über die soziale Frage ankündigt; aber ist es denn so gar beispiellos? Macht es denn der größte Theil der Sozialisten besser? Von hochmüthigen Fabrikanten und groben Werkmeistern, von theurer Zeit und geringem Verdienst, von Pfaffen- und Blatterngist, von Kraft und Stoff, kurz von allem möglichen wird bei ihnen des langen und breiten gehandelt, aber von dem Kardinalpunkte der ökonomischen Gesellschaft, dem Unternehmerröth, ist so gut wie gar nicht die Rede; ja man muß riskiren, wenn man darauf zurück kommt, von den „erfahrenen“ Streikmachern als ein unpraktischer Kopf verhöhnt, wol gar verdächtigt zu werden. Daß der deutsche Sozialismus in den letzten Jahren enorm in die Breite gewachsen ist, will Einsender dieses durchaus nicht in Abrede stellen. Aber der Rückschritt (!?) an Tiefe der Gedanken scheint ihm so bedeutend, daß er nicht zu erkennen vermag, woraus man die Berechtigung ableiten will, auf Männer von gutem Herzen, aber kurzem Blick, Steine zu werfen.

Der „Rückschritt an Tiefe der Gedanken“ — vorausgesetzt, daß der Verfasser Recht habe; wir erlauben es uns jedenfalls zu bezweifeln — könnte nur in dem traurigen Zwiespalt seine Ursache haben, der die besten Kräfte der Arbeiterpartei leider in Anspruch nimmt.

Politische Ueberzicht.

Ein befreundeter berliner Korrespondent hat es uns überlommen, daß wir den jüngst in Berlin, an Stelle Schulze's gewählten Abgeordneten Kerst als einen „Handwurst“ bezeichnen. Wir kennen Herrn Kerst weder persönlich, noch per Renommé und waren somit jedem Vorurtheil fern. Wir gaben ihm das anstößige Beiwort auf Grund einer berliner Korrespondenz (d. d. 8. Oktbr.) an der Spitze des zweiten Blatts der „Frankfurter Zeitung“ vom 10. Oktbr. d. J. (Nr. 284), in welcher Korrespondenz Herr Kerst und dessen Auftreten vor den Wählern in einer Weise geschildert wird, welche die Bezeichnung Handwurst vollständig rechtfertigt. Wohl aber haben wir zu berichtigen, daß die von uns Herrn Kerst in den Mund gelegte Aeußerung über den erreichten „Rechtsstaat“ nicht von Herrn Kerst, sondern von dessen gesinnungsverwandtem Kandidatur-Kollegen, dem Wehrer Peisch gethan wurde. Dagegen verübt Herr Kerst in der erwähnten Wählerversammlung folgenden rhetorischen Blödsinn, der uns erst jetzt in die Augen fällt: „Auf die sozialen Apostel einzugehen“, bemerkt er am Schluß seiner Kandidatenrede, „fühle ich keine Veranlassung. Indessen giebt es wenige Menschen, die so verschiedene soziale Verhältnisse studirt haben wie ich. Ich habe unter den Wilden Amerikas gelebt, die keine Arbeitgeber und Arbeitnehmer sondern nur vollkommene Gleichheit kennen. Ich habe die Republik gesehen und in ihr gelebt; ich kenne einen konstitutionellen Schwanzstaat und habe den Sozialismus bei den Jesuiten in Saraguna in seiner vollkommensten Ausbildung kennen gelernt. Dort aßen sie Alle aus Einem Topf und war die Arbeit streng organisiert. Der Gewinn war

*) Bloodhound, Schweißhund — die Doggenart, mit denen die Südamerikanischen Pflanzer die entlaufenen Neger zu fangen pfliegen. Diese vierbeinigen Gesellschaftsdreier galien für unentbehrlich zur Aufrechterhaltung des „ewigen“ und „heiligen“ Instituts der Slavery, das aber trotz seiner „Ewigkeit“ und „Heiligkeit“ ein Ende mit Schrecken und Infamie genommen hat.

und sehr bedeutend; allein wo blieb er? Die Jesuiten stecken ihn in die Tasche!

Mit letzterem Knalleffekt schloß Herr Kerst, und schlug, unter wüthendem Applaus der fortschrittphilistricen Wähler, einen Parabelbaum von der Rednerbühne herab. Nun — von Paragayen reden wir gelegentlich einmal; hätten wir nur den „Sozialismus in seiner vollkommenen Ausbildung,“ Herr Kerst darf versichert sein, die Jesuiten würden uns den „sehr bedeutenden Gewinn“ nicht in die Tasche stecken. Da Herr Kerst aber, im Vorbeigehen bemerkt, von den paragnavitischen Zuständen höchst konfuse Begriffe zu haben scheint, so thäte er, um eine richtigere Kenntniß zu erlangen, wol, wenn er sich etwas in seiner nächsten Nähe umschaute. Der Musterstaat Preußen ist ein protestantisches Paragayen — nur mit dem Unterschied, daß nicht „Alle“ aus dem Staatstopf zu essen bekommen.

Zwei Schwindler Niederlagen beunruhigen augenblicklich die öffentliche Meinung — der Voursier: der moralische Vater des Herrn Giskra und der finanzielle des Fräulein Spiebeder. Der Wiener Bürgerminister im Reiche der „bürgerlichen“ Verwaltungsräthe und die Münchener Beherrscherin aller Gläubigen (nämlich Ultramontanen) — beide hat das Schicksal erreicht — das für minder konzeptionsbegabte Personen mit etwas andern als bloßer Blamage endet. — Mit der Gewandtheit eines alten „Avolaten“, so schreibt man der „Frankfurter Zeitung“ aus Wien, „hat Dr. Giskra am 7. Nov. Abend als Verteidiger seiner Ehre“ vor dem sympathischen Publikum im Börsensaal den Prozeß gewonnen. Er begann damit, die fortwährende Uebereinstimmung zu konstatiren, die in allen politischen Fragen zwischen ihm und seinen Wählern besteht; um so mehr habe es ihn geschmerzt, daß aus den Reihen der Verfassungspartei heraus und durch die Presse, für deren Freiheit er so eifrig gewirkt (Vergleiche „Vollstimme“ und „Vollwille“! Red. v. B.), Angriffe auf seine Manneschre erfolgte seien. Für die Gebrechen der Lemberg-Gernowitzer-Jassyer Eisenbahn könne er nicht verantwortlich gemacht werden; er sei kein Techniker und er habe den Ausschluß der kaiserlichen Kommission vertraut, welche, mit der Ueberwachung der Bahn beauftragt, Jahre lang keine Bedenken gegen den Zustand und Betrieb derselben geäußert. An Lieferungen für die Bahn sei er niemals betheiligt gewesen. Den Umstand, daß er, als er schon Mitglied des Verwaltungsraths der Lemberg-Gernowitzer Bahn war, privatim die Koncession zu der Fortsetzung derselben bis Jassy erwarb und diese Koncession der Lemberg-Gernowitzer Gesellschaft um 600,000 fl. veräußerte, suchte er durch Statutenhindernisse der letzteren zu erklären. Aus dem bezüglichen Geschäft aber könne ihm kein Vorwurf gemacht werden, da er, als er auf dringende Bitten seiner politischen Freunde ein Ministerportefeuille übernahm (Dezbr. 1867), seine eintägliche Stellung als Rechtsanwalt auf den Altar des Vaterlandes (!) habe niederlegen müssen. Was er gethan habe, habe er als gewissenhafter (!) Familienvater gethan. Er, der in seiner Jugend oft nur zwei- oder dreimal wöchentlich eine warme Suppe gehabt habe und mit zerrißenen Stiefeln herumgelaufen sei, habe die Pflicht gefühlt, seine Angehörigen vor gleichen Sorgen zu bewahren. Das er ein Landhaus und ein Stadthaus gekauft habe seinen Grund in der fortwährenden Zinssteigerung (!); Jeder suche sich heut zu Tage ein eigenes Heim zu erwerben, um nicht der Willkür Anderer ausgesetzt zu sein. Den Baugrund habe er allerdings vom Generaldirektor Herrn von Ofenheim übernommen, aber daraus folge nicht, daß er sich einer sträflichen Konzeption gegen den Generaldirektor der Lemberg-Gernowitzer Bahn schuldig gemacht habe. Daß er gleich nach der Sequestration der Bahn von Seite des Handelsministeriums aus dem Verwaltungsrath jener Bahn ausgetreten sei, nicht aus Furcht geschähe, sondern deshalb, weil er das Verfahren der Regierung für einen ungeleglichen Eingriff in die Rechte der Gesellschaft gehalten habe; doch wolle er sich darüber nicht weiter auslassen, weil die Partei-Disziplin verbiete, den Segnern der Verfassung in die Hände zu arbeiten. Man habe verbreitet, daß er ein mehrfacher Millionär geworden sei; wer wolle, könne sich aus seinen Büchern überzeugen, daß er nicht einmal einfacher Millionär sei. — Auf die Interpellation, warum er nicht gegen die Blätter, welche ihn unehrenhafter Handlungen beschuldigt, an das Urtheil des Schwornengerichts appellire, erwiderte er, er thue das nicht, weil er solchen Blättern keine Reklame machen wolle. Giskra schloß mit der pathetischen Erklärung, daß er, wie auch das Urtheil seiner Wähler ausfalle, fortfahren werde, für das Vaterland und die Freiheit (!) zu kämpfen. Einige der Zuhörer begleiteten die Versicherungen Giskra's mit Lachen und Händchen; die große Majorität (!) aber erklärte durch Aufheben der Hände, daß er das Vertrauen seiner Wähler nicht verloren habe!

Hierzu sagt der „Frankfurter Beobachter“: „Nicht das ist die größte Schmach, daß ein Giskra die Wähler Wiens vertritt — weit schlimmer ist die Erscheinung, daß dieser Giskra die Stirne hat, als Advokat der Korruption vor seine Wähler hinzutreten und Absolution zu erhalten. Giskra gestand selbst zu, daß er erfolgreiche Bestechungsversuche bei rumänischen Volksoberleitern gemacht habe, und kein Wähler, nur ein einziges Journal nahm daran Anstoß. Die „Tagespresse“ brachte einen von Angriffen gegen Giskra strotzenden Artikel mit der Ueberschrift: „Der neue Aristides“. Episch sagte Giskra nach Lektüre dieses Artikels: „Wenn ich ein Aristides wäre, hätte ich nicht nöthig gehabt, mich zu verteidigen.“ Dieser Ausspruch charakterisirt den Mann.“

Und was die „geniale“ — heut zu Tage nennt man doch alle Schwindler „genial“ — was die „geniale Gründerin“ der Dachauerbanken und Volksläden anbetrifft, die 100 Prozent Zinsen von den Armen nahm, um 1 Prozent davon den Armen zu schenken, und die — eine Millionärin — durch Hinterlassung einer Millionenschuld zahllosen kleinen Leuten — die ihre Depositen übergeben hatten — nun nachzudenken giebt, ob es wahr ist, was seine sagte (daß im Vouvoir einer Phryne mitunter noch mehr Konlanz angetroffen wird, als machmal im Komtoir eines Banquiers) — was Fräulein Spiebeder also anbelangt, so gewährt uns trotz alledem und alledem eine gewisse Schadenfreude, zu hören, was die ultramontanen Blätter den jubelnden Nationalliberalen in der Spiebeder'schen Sache erwidern. Das „Vaterland“ äußert sich folgendermaßen: „Es hat sich bis jetzt nichts Gravirendes gegen das Fräulein ergeben, sonst wäre sie ins Kriminal- oder Polizeigefängniß (statt ins Zivilgefängniß) gebracht worden. Ebenso hat sie bis zum letzten Augenblick alle präsentirten Beweise haars Silber angezählt. Man kann mit großer Ruhe das weitere Ergebnis abwarten. Sollte sich, woran zu glauben wir noch keinen Grund haben, eine Ueberschuldung ergeben, so brauchen unsere liberalen Staatsdoktoren darüber nicht zu jubeln, denn unsere modernen Staaten zahlen gar keine Schulden, und wenn ja einmal — dann in homöopathischen Dosen.“ — Der „Vollbote“ meint, „daß sich bis jetzt noch gar nichts sagen ließe und Weiteres erst abzuwarten sei und verpricht,

daß demnächst viele bedeutend höhere Persönlichkeiten, welche als höchste Zierden der Fortschrittspartei gelten, nunmehr in einer ihnen nichts weniger als lieblichen Art in der Oeffentlichkeit besprochen werden dürften.“

Amerika und Deutschland. In Deutschland giebt es natürlich lauter ehrliche, lauter Vieder-Männer, in Amerika nur Schwindler, Charlatane, Kassen-Unterschleif-Verbrecher. Und doch, trotz alledem in Deutschland von Jahr zu Jahr Steuererhöhung und in Amerika von Jahr zu Jahr Steuererminderung; in Deutschland von Jahr zu Jahr Erhöhung des Budgets und der Staatschulden, in Amerika Verminderung — in den letzten 3 Jahren hat sich die amerikanische Staatschuld um 100 Millionen Dollars vermindert“ berichten die Zeitungen. Es scheint also, daß die amerikanischen Staatskassendiebe immer noch besser mit dem Staatsgut wirtschaften, als die Nichtkassendiebe der europäischen Staaten.

„Reinste Treue treuestes Bild.“ Unter den in Dresden zur „goldnen Hochzeit“ geschenkten „Ehrentabellen“ befindet sich auch ein Bild, welches vom amtlichen „Dresdener Journal“ also beschrieben wird: „Das Dähl'sche Bild zeigt den Lieblingshund Sr. Majestät den Pudel Steppe, mit Pillniß als Hintergrund. Im Rahmen des Gemäldes liest man: „Reinste Treue treuestes Bild.“ — Daß die Treue der Hunde, und insbesondere der Pudel die „reinste Treue“ ist, geben wir dem „Dresdener Journal“ zu; da nun die „Treue“, deren die Deutschen sich vor allen anderen Völkern mit Recht rühmen, nicht so rein sein kann, als die superlativ reinste Treue des Hundes, insbesondere des Pudels, so wird das „Dresdener Journal“, als der Grammatik und Logik kundig, uns auch zugeben, daß der „treue Deutsche“ unter dem Hund ist.

Herr Thiers hat — wahrscheinlich weil er fürchtet, kompromittirt zu werden, und obchon er einen Minister hat, der „gegen jede Censur“ ist, — den dritten Band der Tuilerienpapiere beim Verleger confisciren lassen. Desto interessanter wird natürlich das Buch. Gleichzeitig damit erklärt Herr Thiers in seiner „Botschaft“: „Verlieren wir nicht unsere Zeit, indem wir die Republik proklamiren.“ Selbstverständlich. Wenn Adolfs I. aus dem Hause Thiers als König sterben will, und nicht sicher ist, daß ihm ein Staatsstreich à la 2. Dezember gelingen würde, so darf er nicht die Republik proklamiren. —

Der „Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer“, der eifrig bemüht ist, seinen Lesern an Zahlen die soziale Misere zu demonstrieren, macht in seiner Nr. 89 vom 6. Novem. eine Zusammenstellung, die in ihrem Resultat jeden Arbeiter zur Abwechslung einmal mit Freude erfüllen muß. Der „Korrespondent“ schreibt also:

„Trotz der Zerspaltung der Arbeiter in verschiedene Fraktionen hat die Arbeiterpresse deutscher Sprache sichtlich an Ausdehnung und Umfang zugenommen. Außer den drei Buchdruckerorganen „Korrespondent“, „Vorwärts“ und „Helvetische Typographia“ haben wir aufzuzählen: „Korrespondent“, Organ der deutschen Hutmachergehilfen; der „Botschafter“, Organ der deutschen Cigarren- und Tabalarbeiter; der „Genossenschaft“, Organ der deutschen Gold- und Silberarbeiter; der „Sprechsaal“, Organ der Porzellanarbeiter; der „Gewerksverein“, Organ der deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dändler); der „Vollwille“ in Leipzig und der „Vollwille“ in Wien; die „Demokratische Zeitung“ in Berlin; der „Braunschweiger Volksfreund“, der „Ermittlungsbürger- und Bauernfreund“, der „Dresdener Volksbote“, die Chemnitzer „Freie Presse“, die „Demokratischen Blätter“ in Königsberg, Fürther „Demokratisches Wochenblatt“, letztere sämtlich Organe der in Eisenach 1869 gegründeten „sozialdemokratischen Arbeiterpartei“; endlich der „Neue Sozialdemokrat“, Organ des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins in Berlin. In der Schweiz erscheinen die „Tagwacht“, das „Felleisen“ und der „Rüttliker“. Zwanzig Organe mit zusammen mindestens 35,000 Abonnenten. Eine hübsche Zahl, wenn sie nur einzig wären.“

Fachblätter bestehen noch außer den in Nr. 83 des „Korrespondenten“ angeführten: in Bukarest „Annoles“, zugleich sozialdemokratisches Organ in rumänischer Sprache; in Stockholm „Nordiskt Boltyderi-Tidning“, in Kopenhagen „Sjandaniöolf Bogtrykker-Tidende“. Außerdem existiren in Italien noch zwei Fachblätter außer der „Typografia Italiano“, und zwar eines in Benevid und eines in Florenz. In Rußland erscheint halbmonatlich ein Blatt für Buchhandlung und Buchdruckerei gemeinschaftlich. Die Zahl der Fachblätter beträgt sonach 34.“

Ferviers. Seit vorigem Monat erscheint hier außer dem „Mirabeau“ noch eine soziale Wochenchrift: „La science populaire“ („Die Volkswissenschaft“).

Die Zeitungen berichten wieder einmal, daß Marx und Engels nach Amerika überzusiedeln gedenken; das ist vollständig erdichtet. —

Gewerksgenossenschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schneiderverein.
Leipzig. An die Schneidergehilfen allerorts. Da das Verbandsstatut fertig ist und zunächst der hiesigen Behörde zur Genehmigung unterbreitet werden muß, theilen wir hierdurch mit, daß dasselbe erst in 14 Tagen zur Versendung gelangen kann. Bis dahin mögen sich die betreffenden Fachvereine gedulden, und die Verzögerung nicht uns, sondern anderen ungünstigen Verhältnissen, an denen wir keinerlei Schuld tragen, zur Last legen. Wenn uns deshalb trotzdem Vorwürfe gemacht werden sollten, so werden wir gezwungen sein, die Gründe der Verzögerung später offiziell zu veröffentlichen. Wir fordern die Kollegen im Voraus zu reger Agitation auf, damit endlich eine starke, mächtige Organisation unsere Interessen wahren hilft.
Mit Brudergruß und Handschlag
Das Comité des Vororts.

Correspondenzen.

Leipzig. Die Dresdener 8-Tage-Amnestie — von der fast nur Verleider, Verläumder, nützliche Ruhestörer und sonstige Tumult- und Prügelanten, aber keine politischen „Verbrecher“ betroffen sind — wird ihre Wirkung auf die gutmüthige sächsische Bevölkerung nicht verfehlen. Ich meine hierbei nicht unsere Parteigenossen: denn die haben keine Amnestie für die Hubertusbürger erwartet, ebensowenig wie diese selbst oder deren Familien. Aber die Partikularisten Sachsens — ihre Zahl ist freilich in den letzten 2 Jahren auf ein Minimum gesunken — die sich noch immer einreden, in Sachsen sei es besser als anderswo in

Deutschland, und wenn die Justiz und so hart verfolge, so sei nicht die Dresdener Zeitung, sondern die Berliner Oberleitung Ursache davon — die Partikularisten Sachsens haben sich und fest auf eine politische Amnestie gerechnet, natürlich nur in ihrem eigenen Interesse, nicht in unserem. Durch eine vollständige Amnestie glaubten die Partikularisten nämlich einen guten Theil der Sympathien der sächsischen Bevölkerung (bei deren notorischer natürlicher Outmüthigkeit) wieder für ihr Sachsenland zu erobern: theils also dem Nationalliberalismus Abbruch zu thun, theils die Sozialdemokratie versöhnlicher zu stimmen. Darum ist auch die Nachricht, die Leipziger Partikularisten hätten dem König zur goldenen Hochzeit eine Petition um politische Amnestie überreicht, durchaus glaubwürdig. Ein Theil der Petenten hat es in diesem Falle sicherlich aus reiner Sympathie für die auch nach ihrer Ansicht ungerecht Verurtheilten gethan, ein anderer Theil aber lediglich aus den oben erwähnten Gründen. Die Enttäuschung hat nun gewaltig gewirkt: die Partikularisten in ganz Sachsen sind im höchsten Grade verstimmt; sie sehen, daß man bei Hofe ihrem partikularistischen Patriotismus (zu dessen Förderung ja lediglich sie die Amnestie haben wollten) nicht zu Hilfe kommt, und finden, daß ihnen für die Zukunft alle Wirksamkeit gegen die Verprechtung Sachsens abgeschnitten ist. Ein Theil dieser Leute wird im Winkel weiter schmollen, ein anderer Theil zum bösen Spiel gute Miene machen und — mit dem Gedanken: „Wer sich nicht helfen lassen will, dem ist nicht zu helfen“ — nationalliberal oder sozialdemokratisch werden. Es ist dies nur derselbe Entwicklungsgang, der sich bisher mit einem Theil der Partikularisten vollzogen hat. Keine Regierung in ganz Deutschland hat es so verstanden, sich die Sympathien eines Theils der Bevölkerung zu entfremden, wie die sächsische; daher auch zum Theil die Erscheinung, daß nirgends in Deutschland die beiden Gegensätze — Kaiserlichkeit und Sozialdemokratie — so stark hervortreten wie in Sachsen.

Und kann es recht sein. Wir haben keine Amnestie erwartet, sind also auch nicht enttäuscht worden. Unserer Sache hat das Ausbleiben der Amnestie jedenfalls nur genügt, denn die Stimmung der Bevölkerung hat sich uns noch mehr zugewandt. X

Leipzig. Wegen des in der Nr. 76 dieses Blattes vom 21. September enthaltenen Artikels, die „Verfolgungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei“, wurde auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur Seiffert auf Grund des § 131 des Reichsstrafgesetzes Untersuchung eingeleitet. Seiffert erklärte, den Artikel nicht verfaßt und von dessen Inhalt vor dem Druck auch keine Kenntniß erlangt zu haben. Den Verfasser neune er aber nicht. Daraufhin fand am Sonabend, den 16. November gemäß § 26 des Pressgesetzes öffentliche Verhandlung statt, zu der nicht der Angeklagte, wol aber dessen Verteidiger, Advokat Freitag von hier, erschienen war.

Die königliche Staatsanwaltschaft hielt ihren ursprünglichen Antrag ansrecht. Von Seiten der Verteidigung dagegen wurde bestritten, daß der fragliche Artikel irgend etwas die Regierung Beleidigendes enthalte, auch seien die Erfordernisse des § 131, daß die Verbreitung wider besseres Wissen erfolgt sei, nicht vorhanden. Nachdem die königliche Staatsanwaltschaft repliziert und die Verteidigung zum Schluß gesprochen, zog sich der Gerichtshof zur Abfassung des Urtheils zurück, welches auf Klage- und bez. Straffreisprechung Seifferts lautete. In seiner Entscheidung sprach sich das königliche Bezirksgericht dahin aus, daß das in § 131 des Reichsstrafgesetzes verzeichnete Vergehen im vorliegenden Falle nicht erwiesen worden sei, daß aber, um nach Befinden eine Verurteilung nach § 186 desselben Gesetzes annehmen zu können, der Strafantrag des betreffenden Privatanklägers erforderlich sei, ein solcher aber zur Zeit nicht vorliege. Es ist deshalb auf Klage- und resp. Straffreisprechung erkannt worden.

Deuben. Wie das Versammlungsgesetz rücksichtlich der Arbeiter von Seiten der Behörden gehandhabt wird, davon liefert Nachrichten wieder einen eclatanten Beweis. Am 10. v. M. sollte hier in dem Lokale des Gastwirths Herrn Aug. Görg eine Versammlung der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter stattfinden. Einen Tag vorher kam Herr Görg zum Einberufer der Versammlung und erklärte ihm, daß er von Herrn von Burgl einen Brief erhalten habe, in welchem ihm gedroht werde, daß, wenn die Versammlung stattfinde, er sofort entlassen sei, insofern dessen er also den Saal zur Versammlung nicht hergeben könne. Der Einberufer ging, nachdem er ein anderes Lokal erhalten, an die betreffende Amtsstelle, um die Veränderung des Lokals mündlich anzuzeigen. Dies genügte aber nicht; man verlangte, daß er die Anzeige noch einmal schriftlich mache. Dies war aber unmöglich, weil die im Gesetze vorgeschriebenen 24 Stunden, wo die Anzeige geschehen muß, nicht mehr hienreichten. Die Versammlung konnte also nicht stattfinden. Es wurde deshalb eine Privatbesprechung abgehalten, zu welcher auch eine Anzahl Polizeier erschien. Der Polizei-Expedient, Herr Frische, erklärte dem Wirthe, daß er ihn anzeigen werde, weil er eine Versammlung in seinem Lokale stattfinden lasse; derselbe ist aber kein Angstmichel, er sagte ihm, daß bei ihm jeder sein Glas Bier trinken könne. Im Gasthause des Herrn Görg selbst war eine Anzahl von Gerichtsbeamten und Polizeiern, als: Amtmann, Affessoren, Gendarmen amwesend. Sollten davon nicht einige zur Auffindung des Mörders des Restler'schen Kindes erübrigt werden können?
(Dresdner Volksbote.)

Duisburg, 12. Nov. Der untenstehende Artikel, der gegenwärtig die Runde durch die hiesigen Lokalblätter macht, verdient neben dem Interesse, welches er ganz besonders für die Arbeiter hat, hauptsächlich deshalb Beachtung, weil er den herrschenden Schwindelgeist der heutigen Unternehmervelt in treffender Weise schildert und anscheinend von einem mitbetroffenen Spießbürger herrührt. Hätte der Artikel im „Vollwille“ seinen Ursprung, so würden sämtliche Bourgeoisblätter erklären, das Alles ist von A bis Z gelogen, so Etwas kann nur eine sozialdemokratische Feder hervorbringen. Es ist Alles Aufhegerei. Da aber der Artikel in Bourgeoisblättern steht, so werden sie wol, wenn auch nur theilweise, zugeben müssen, daß das gegenwärtige Ausbeutungssystem geändert werden muß. Hätte der Spießbürger die Essener Vergleute bei ihrem Strite unterstützt, anstatt mit der Bourgeoisie gegen die Essener Vergleute zugehen, so brauchte er wahrscheinlich nicht jetzt selbst zu stricken; aber so lange er noch eben kann, und der Kapitalist ihm das Fell nicht ganz über die Ohren zieht, rührt er sich auch nicht, sondern ist seinem Ausbeuter immer ein gehorsamer Diener. Ob es was nützt, wenn die Kohlenfrage in Düsseldorf auf die Tagesordnung kommt, glaube ich kaum, denn bekanntlich hadt eine Krähe der andern kein Auge aus.

Mit sozialdemokratischem Gruß
Christian Gille.
Der Artikel lautet:
Nothwehr gegen Kohlen-Börsen-Schwindel. Vor Ausbruch des Strites im Essener Kohlenrevier waren die Halben, die Lager in Ruhrort und Duisburg und fast an allen Orten

